



Beitragsentwurf "Rettet unseren Planeten"

(Claudio Martini, Koordinator)

Nach dem jüngsten Bericht des Weltklimarats (IPCC - Intergovernmental Panel on Climate Change) wird erwartet, dass der Klimawandel die regionalen Unterschiede in Bezug auf die natürlichen Ressourcen und Vorteile in Europa verstärken wird¹. Gleichzeitig verursachen die Energieoptionen - der Hauptgrund für den dramatischen Anstieg der weltweiten Treibhausgasemissionen - erhebliche Bedenken innerhalb der EU und weltweit, angefangen bei der Versorgungssicherheit und dem optimalen Energiemix über Energiepreise bis hin zur Energiearmut.

Es versteht sich von selbst, dass die Antwort auf ein so komplexes Phänomen wie die globale Erwärmung über den Rahmen der traditionellen Aufteilung der Zuständigkeiten hinausgeht, weshalb synergetische Maßnahmen auf lokaler, regionaler, nationaler, europäischer und weltweiter Ebene erforderlich sind, die sich auf einen gemeinsamen Ansatz zur Erreichung langfristiger Ziele stützen.

Angesichts dieser Herausforderungen haben die europäischen Sozialisten und Sozialdemokraten des Ausschusses der Regionen den Klimawandel und die Energie ganz oben auf die politische Tagesordnung gesetzt. Wir befürworten voll und ganz die kürzlich angenommenen Ziele der EU zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen in der EU um 20% oder unter Voraussetzung eines entsprechenden internationalen Einverständnisses sogar um 30%, um den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf höchstens 2°C gegenüber vorindustriellen Werten zu begrenzen. Darüber hinaus halten wir ein Kyoto-Nachfolgeabkommen für den Zeitraum nach 2012 für eine unabdingbare Grundvoraussetzung, um eine wirkungsvolle globale Antwort auf den Klimawandel bieten zu können. In diesem Zusammenhang ist ein Erfolg der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen (Dezember 2009) während des schwedischen Ratsvorsitzes der EU von entscheidender Bedeutung.

Des Weiteren begrüßen wir insbesondere die Rechtsgrundlage für die Energiepolitik, die erstmals durch den Lissabon-Vertrag (Artikel 176 A) bereitgestellt wird, und die klare Anerkennung der Rolle des Ausschusses der Regionen im entsprechenden Konsultationsverfahren. Ebenso erfreut sind wir über die expliziten Verweise auf die Bekämpfung des Klimawandels (Artikel 174) und die Erwähnung - im Geiste der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten - der großen Schwierigkeiten bei der Energieversorgung (Artikel 100), die beide zu den Neuerungen im Zuge des Lissabon-Vertrags gehören.

Wir dringen jedoch auf eine einzige Strategie für die Zeit nach 2010, die sowohl die derzeitige Lissabon-Strategie als auch die Strategie für nachhaltige Entwicklung ablösen und einen ausgewogenen Ansatz verfolgen wird, der nicht nur auf die wirtschaftlichen und sozialen, sondern auch auf die ökologischen Herausforderungen ausgerichtet ist, mit

¹"Synthesebericht 2007 über den Klimawandel", Weltklimarat (November 2007)

denen die EU konfrontiert ist. Letztendlich wird der Klimawandel mit großer Wahrscheinlichkeit starke Auswirkungen auf das Wachstum der EU haben und soziale Unterschiede noch verstärken. Daher benötigen wir ein Instrument, das die bestehende Fragmentierung der politischen Maßnahmen und die Defizite bei ihrer Umsetzung beheben kann. Der Erfolg der neuen Strategie ist von der Möglichkeit abhängig, die Herausforderungen auf der Ebene mit der größten Bürgernähe zu erkennen und anzugehen. Deshalb muss dieses neue Instrument die besondere Rolle der lokalen und regionalen Verwaltungsebenen in diesem Prozess - in dem die Sozialisten und Sozialdemokraten des Ausschusses der Regionen eine Schlüsselrolle spielen – anerkennen.

Frage 1: *Welchen Beitrag können lokale und regionale Gebietskörperschaften leisten, um die Erderwärmung zu stoppen und die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu reduzieren? Wie könnten sie besser zur Entwicklung innovativer Technologien der Klimaanpassung und zur Förderung neuer nachhaltiger Energiequellen beitragen?*

Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften spielen bei der Abschwächung des Klimawandels, d.h. der Verringerung des Ausmaßes der Klimaänderung, eine wichtige Rolle. Die Erzeugung und das Sparen von Energie sowie die Infrastruktur, der Verkehr und ein allgemein ökologisch nachhaltiges öffentliches Beschaffungswesen sind Bereiche, in denen diese Verwaltungsebenen deutlich zur Verringerung der Treibhausgasemissionen beitragen können. Es ist Tatsache, dass zahlreiche Initiativen in Sachen Energieeffizienz und erneuerbare Energien auf lokaler und regionaler Ebene unternommen werden, und Beispiele für entsprechende bewährte Verfahren lassen sich leicht in der gesamten EU finden. In Anbetracht dessen fordern wir, den politisch Verantwortlichen vor Ort die nötigen Befugnisse einzuräumen, um den Energieverbrauch tatsächlich und nachhaltig zu beeinflussen, indem sie entweder Beispiele setzen oder, wo nötig, Rechtsvorschriften erlassen.

Die Anpassung an das sich ändernde Klima ist ebenfalls ein vorrangiges Thema für die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, da sie diejenigen sind, die mit den Folgen der immer extremer werdenden Wetterbedingungen zu kämpfen haben: von Hitzewellen, Dürrekatastrophen und Waldbränden über Überschwemmungen und Schlammlawinen bis hin zum steigenden Meeresspiegel. Dies erfordert eine langfristige Planung, die sich auch in der Raumplanung und dem Ausbau und der Instandhaltung der lokalen Infrastruktur widerspiegeln sollte (siehe auch Frage 3).

Um die Klimaänderungen abschwächen und sich ihnen anpassen zu können, fordern die lokalen und regionalen sozialistischen und sozialdemokratischen Mandatsträger mehr und größere Investitionen in umfangreiche FuE-Programme zu alternativen Energiequellen, die auf subnationaler Ebene umgesetzt werden. Wir sind der Überzeugung, dass durch die Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen entschieden zur Bekämpfung des Klimawandels und zur Vermeidung von Energiearmut beigetragen wird, die unserer Ansicht nach eine bedrohliche Entwicklung darstellt.

Insbesondere fordern wir die Bereitstellung geeigneter EU-Mittel zur Finanzierung von Demonstrationsprojekten im Bereich der CO₂-Abtrennung und -Speicherung, die einen bedeutenden Beitrag zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen leisten können.

Darüber hinaus fordert die SPE-Fraktion im Ausschuss der Regionen eine umgehende Ausweitung des Zuständigkeitsbereichs des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), damit auch Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz von Wohnhäusern in den EU-15- und nicht nur in den EU-12-Mitgliedstaaten finanziert werden können.

Frage 2: Welche Strategien sollten die Regionen und insbesondere die Städte erarbeiten, um die Probleme des Nahverkehrs zu bewältigen?

Obwohl Städte und größere städtische Ballungsgebiete ein bedeutendes Wachstumspotenzial haben, sind sie zunehmend mit ökologischen Problemen konfrontiert, die dieses Wachstum letztlich behindern könnten. Um diese Situation zu ändern, müssen die Zugänglichkeit verbessert und die beträchtlichen Probleme in den Bereichen Beförderung, Verkehrsstaus und verkehrsbedingte Umweltprobleme bewältigt werden.

Die Sozialisten und Sozialdemokraten im Ausschuss der Regionen sind der Ansicht, dass es unbedingt notwendig ist, das Wirtschaftswachstum von den negativen Umweltauswirkungen in dichten städtischen Gebieten abzukoppeln, indem alternative Verkehrsmittel zur Verfügung gestellt werden, um den CO₂-Ausstoß im Straßenverkehr bis 2050 gegen Null zu fahren. Die Mobilität in der Stadt muss in Bezug auf die effiziente Nutzung und Verknüpfung aller öffentlichen und privaten Verkehrsträger überdacht werden, und wir müssen eine Verlagerung hin zu umweltfreundlichen Verkehrsmitteln anstreben.

Auch wenn die Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen lokalen, regionalen und nationalen Behörden in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich ist, sind wir der Ansicht, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der Planung und Umsetzung der Nahverkehrspolitik eine entscheidende Rolle spielen. Aus diesem Grund fordern wir die Regionen und Städte auf, umfassende und langfristige Mobilitätspläne zu entwickeln, die sich mit den Themen Verkehrsstaus und Abschwächung des Klimawandels befassen.

Der uneingeschränkte Zugang zu den vorgeschlagenen Nahverkehrsmitteln und ihre Erschwinglichkeit müssen selbstverständlich vorrangige Prioritäten bleiben.

Frage 3: Welche Rolle sollen die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der Verwaltung der natürlichen Ressourcen wie Wasser und Boden spielen?

Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sind schon immer die wichtigsten Akteure in der Wasserwirtschaft und Bodennutzung gewesen. Eine wirksame und effiziente Abstimmung der Wasserversorgung auf die Wassernachfrage bei gleichzeitiger Vermeidung von Wasser- und Bodenverschmutzung, Entwaldung und Verlust an natürlichem Lebensraum erfordert einen präzisen Balanceakt zwischen den ökologischen,

sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnissen. Darüber hinaus sind die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften oftmals für Entscheidungen im Hinblick auf die Landnutzung und Raumplanung verantwortlich. Dieses Thema betrifft einige der wichtigsten Politikbereiche (neben der Umwelt), vom öffentlichen Gesundheitswesen und der Verbraucherpolitik über die Landwirtschaft, den Binnenmarkt und die Regional- und Kohäsionspolitik bis hin zur Energie, dem Verkehr und der Unternehmenspolitik.

Gleichzeitig sind die subnationalen Verwaltungsebenen gefordert, etwas gegen klimawandelbedingte Phänomene wie Wasserknappheit, Bodenerosion oder Überschwemmungen zu unternehmen.

Wir befürworten die uneingeschränkte Einbindung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in die Entwicklung vorbeugender Maßnahmen gegen die Verschlechterung der Wasser- und Bodenqualität, in die Identifizierung von Gebieten, die bereits von diesem Problem betroffen oder bedroht sind, sowie in die Umsetzung entsprechender Abhilfemaßnahmen.

Wir unterstützen darüber hinaus die Einrichtung einer Europäischen Beobachtungsstelle für Dürrekatastrophen und Wüstenbildung, die angesichts des Klimawandels die Entwicklung der Wasserknappheit überwachen und Vorhersagen über Dürrekatastrophen erstellen soll. Nicht zuletzt möchten wir auf die Schlüsselrolle hinweisen, die den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der Umsetzung der Richtlinie über die strategische Umweltprüfung zukommt.

Frage 4: *Wie können lokale und regionale Gebietskörperschaften im Rahmen der Abfallpolitik ein effizientes Management durch Begrenzung der Umweltauswirkungen und Aufstellung ökologisch integrierter Abfallvermeidungspläne sicherstellen, um eine Wiederholung der in den letzten Jahren in der EU aufgetretenen Probleme zu vermeiden und die derzeitige Technologiekluft zu überbrücken?*

Die Erreichung des übergeordneten Ziels der Nachhaltigkeit in der Abfallwirtschaft ist eine Herausforderung, mit der die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften tagtäglich konfrontiert sind. Eine klare Rangfolge der Grundsätze für die Abfallwirtschaftspolitik ist in der EU vorhanden, zu denen - in der Reihenfolge abnehmender Bedeutung - die Vermeidung, Wiederverwendung, Verwertung (Recycling und Kompostierung sowie die Rückgewinnung von Energie, bspw. bei der Verbrennung) und letztlich die am wenigsten befürwortete Methode, die endgültige Beseitigung (Abfalldeponie), gehören. Probleme entstehen dadurch, dass oftmals versäumt wird, Abfall zu vermeiden oder wiederzuverwenden.

Um es den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zu ermöglichen, den gemeinschaftlichen Besitzstand im Bereich der Abfallpolitik erfolgreich umzusetzen, fordern wir eine klare Aufgabenteilung zwischen den einzelnen Regierungsebenen.

Des Weiteren fordern wir die uneingeschränkte Einbindung der subnationalen Ebenen in die Formulierung einer kohärenten nationalen Abfallbewirtschaftungsstrategie, in deren

Rahmen strategische Ziele gesetzt werden und die detaillierte und praktische lokale und regionale Pläne umfasst.

Systeme für das getrennte Sammeln und Sortieren von Abfall sowie geeignete Abfallbehandlungs- und Abfallentsorgungseinrichtungen erfordern die Bereitstellung entsprechender Finanzmittel und einen umfassenden Aufbau von Verwaltungskapazitäten (Informationen und technisches Fachwissen). Wir sind uns bewusst, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, die hauptsächlich für die Planung, Durchsetzung und Überwachung und die technische Umsetzung zuständig sind, häufig aufgrund eines Mangels an administrativen und/oder finanziellen Kapazitäten nicht in der Lage sind, ihre Aufgaben ordnungsgemäß zu erfüllen.

Wir möchten ebenfalls auf die Bedeutung der Information, Konsultation und Mitwirkung aller Interessengruppen, einschließlich der Industrie, des Handels, der Umweltorganisationen und insbesondere der Privathaushalte, hinweisen. Durch Informationskampagnen und öffentliche Anhörungen kann die Öffentlichkeit sensibilisiert, Interesse geweckt und Unterstützung für diese Maßnahmen gefunden werden, die zu einer nachhaltigeren Bewirtschaftung der Abfälle beitragen.

Frage 5: *Welche Maßnahmen könnten auf lokaler und regionaler Ebene zur Bewältigung der Energiearmut ergriffen werden - ein Problem mit ernststen sozialen Auswirkungen, das eine wachsende Zahl von Unionsbürgern betrifft?*

Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sind am ehesten in der Lage, Einzelpersonen oder Gruppen zu identifizieren, die der Gefahr von Energiearmut ausgesetzt sind, und Maßnahmen zu ergreifen, die den sozialen Zusammenhalt und die Solidarität gewährleisten. Dies setzt voraus, dass spezielle energiebezogene Sozialklauseln vorhanden sind, was nicht in allen Mitgliedstaaten der Fall ist.

Die SPE-Fraktion des Ausschusses der Regionen fordert die Ausarbeitung und Umsetzung solcher Fördermaßnahmen auf EU-Ebene durch die Offene Koordinierungsmethode im Rahmen der Gemeinschaftsstrategie zur sozialen Eingliederung. Die Bewältigung der Energiearmut sollte zu den hauptsächlichsten von der EU festgestellten Herausforderungen im Bereich der sozialen Eingliederung zählen (Kinderarmut, integrative Arbeitsmärkte, angemessener Wohnraum, verschiedene Formen der Diskriminierung, finanzielle Ausgrenzung und Überschuldung) und sich in den einschlägigen nationalen Aktionsplänen widerspiegeln (zum Beispiel unter dem Ziel "Angemessener Wohnraum").

Wir betonen nachdrücklich, dass die Einbindung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in die Politikgestaltung zum Thema Energiearmut eine unverzichtbare Voraussetzung ist.

Frage 6: Welche Sensibilisierungsstrategien können lokale und regionale Gebietskörperschaften entwickeln, um die individuelle Energiewahl der Bürger durch eine "nachhaltige Energiekultur" zu beeinflussen?

Da die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften oftmals gleichzeitig Energieerzeuger und Energieverbraucher sind, können sie im Hinblick auf die Anwendung einer nachhaltigen Energiekultur mit gutem Beispiel voran gehen. Das Vorhandensein von energieeffizienten öffentlichen Gebäuden, die Verfügbarkeit von alternativen Verkehrsmitteln und erneuerbaren Energiequellen, eine sorgfältig geplante Landnutzung in Kombination mit einer nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen bringen die Bürger dazu, ihre Entscheidungen des täglichen Lebens zu überdenken und sich für umweltfreundlichere Energieoptionen zu entscheiden. Sensibilisierungskampagnen und die Aufnahme der Umwelterziehung in die schulischen Lehrpläne sind ebenfalls hilfreiche Instrumente zur Förderung einer nachhaltigen Energiekultur.
